Einreicher:innen:
Die Linke Kreisverband Burgenlandkreis
Unterstützt wird der Antrag durch:
Richard Höhne (KV Saalekreis), Julia Mayer (KV Saalekreis), Stefan Gebhardt (KV Mansfeld-Südharz), Isabell Anton (KV Mansfeld-Südharz), Eva von Angern (KV Salzlandkreis)

Antrag 2

an die 3. Tagung des 10. Landesparteitages
der Partei Die Linke Landesverband Sachsen-Anhalt
am 28. und 29. November 2026 in Magdeburg

Nicht nur in den Großstädten gewinnen: Gemeinsam, niemals allein!

Wahlerfolge würdigen – das Gesamtergebnis in den Blick nehmen

Die Linke hat bei der Landtagswahl 2026 gezeigt, dass sie Menschen erreichen, mobilisieren und überzeugen kann. Die drei gewonnenen Direktmandate sind ein wichtiger Erfolg. Herzlichen Dank an die Mandatsträger*innen, ihre Teams und allen Genossinnen und Genossen für eure Ideen, für die Zeit und für den starken persönlichen Einsatz.
Die vielfältigen Aktionen überall im Land haben gezeigt: Wir hören zu, wir sind ansprechbar, wir teilen soziale Sorgen und wir haben politische Angebote, die überzeugen. Vor allem unsere klare Haltung gegenüber rechtsextremen und demokratiefeindlichen Positionen bleibt wichtiger Teil unserer politischen Arbeit. Die vielfältigen Erfahrungen wollen wir für die weitere Arbeit nutzbar machen.

Zugleich dürfen diese Erfolge nicht den Blick auf die erheblichen Verluste unseres Stimmenanteils im Land verstellen. Wir müssen weiter und tiefgründiger klären, weshalb wir außerhalb der großen Städte Vertrauen und Zustimmung für linke Politik seit vielen Jahren verloren haben. Dazu gehört eine ergebnisoffene Bewertung der Wahlkampfstrategie – auch der kritische Blick auf die externe Kampagne „Taktisch wählen“ - ebenso wie die Frage, ob unsere politischen Angebote die Lebenswirklichkeit der Menschen auch in den ländlichen Regionen ausreichend treffen.

Die ländlichen Räume müssen stärker in den Blick

Viele Genossinnen und Genossen - nicht nur in den ländlich geprägten Regionen - sorgen sich, dass Die Linke zunehmend als so genannte Großstadtpartei wahrgenommen wird. Diese Sorge darf weder abgetan noch zum Anlass genommen werden, Stadt und Land gegeneinanderzustellen. Unsere Partei braucht starke Strukturen, personelle Präsenz und überzeugende Politik in beiden Lebenswelten.

Politische Erwartungen, Erfahrungen und Konflikte unterscheiden sich zwischen großstädtischen Milieus und kleineren Städten und Gemeinden. Wir dürfen diese Unterschiede weder pauschalisieren noch übergehen. Wir müssen konkret untersuchen, welche sozialen Fragen Menschen verbinden, an welchen Themen politische Spannungen entstehen und wie wir darüber solidarisch und offen miteinander sprechen können.

Entscheidend ist, ob unsere Politik im Alltag als hilfreich, verständlich und glaubwürdig wahrgenommen wird. Bezahlbares Wohnen, gute Arbeit, gute Bildung für alle Kinder, Gesundheitsversorgung, Mobilität und handlungsfähige Kommunen müssen auch außerhalb der Wahlkämpfe Maßstab unseres politischen Handelns bleiben.

Aus einer wertschätzenden Debatte müssen Konsequenzen folgen

Wir wollen eine Debatte, die Erfahrungen aus Großstädten und ländlichen Räumen gleichberechtigt einbezieht und Meinungsunterschiede und Spannungsfelder nicht verdeckt. Dazu gehören die Fragen, welche politischen Positionen uns verbinden, wo es Spannungsfelder gibt, wo tragfähige Kompromisse möglich sind, welche Veränderungen in unserer politischen Praxis notwendig werden und wie wir unsere personellen und finanziellen Ressourcen teilen. Eine solidarische Debatte muss zu nachvollziehbaren Schlussfolgerungen und verbindlichen Entscheidungen führen.

Wir begrüßen ausdrücklich das im Leitantrag vorgeschlagene Vorhaben des Landesvorstandes, eine Strategiegruppe einzuberufen. Ihre Arbeit muss transparent, zeitlich begrenzt sein. Dafür sollen die unterschiedlichen Erfahrungen aller Kreisverbände einbezogen werden. Neben regionalen Gesprächsformaten brauchen wir niedrigschwellige (digitale) Beteiligungsmöglichkeiten. Eingebrachte Positionen und abweichende Einschätzungen müssen dokumentiert und bei der Erarbeitung der Ergebnisse erkennbar berücksichtigt werden.

Verbindliche Aufträge an den Landesvorstand

Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand, folgende Schritte gemeinsam mit den Kreisverbänden umzusetzen:

Die Kreisverbände probieren bereits jetzt nach der Landtagswahl vielfältige Aktionsformen und Gesprächsformate, um weiter ansprechbar und präsent zu sein in den Städten und Dörfern. Diese Erfahrungen sollen für alle zugänglich gemacht werden. Nicht zuletzt, um Ideen auszutauschen und Inspirationen zu geben. Dieser Austausch sollte regelmäßiger Punkt bei den gemeinsamen Beratungen der Stadt- und Kreisvorsitzenden sein. Auf diese Weise können alle bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt von Erfahrungen profitieren und Neues ausprobieren.

1. **Bis zum März 2027:** Eine transparente und selbstkritische Auswertung der Landtagswahl 2026 vorzulegen. Sie untersucht regionale Unterschiede, mögliche Ursachen des Vertrauensverlustes über die Jahre, die Wirksamkeit unserer politischen Angebote sowie die Wahlkampfstrategie und unsere öffentliche Kommunikation. Sie schlägt konkrete politische und organisatorische Schlussfolgerungen vor.
2. **Bis Ende 2027:** Durch die Strategiegruppe einen Entwurf für das politische Profil der Partei in Sachsen-Anhalt und für eine Verankerung in Stadt und Land erarbeiten zu lassen. Die Kreisverbände und kommunalen Mandatsträger*innen sind frühzeitig einzubeziehen. Der Entwurf soll vorschlagen, wie Wähler*innen gewonnen werden und Die Linke als eine relevante Kraft vor Ort wahrgenommen werden kann.
3. **Bis zum Juli 2028:** Die Vorschläge werden zu einem konkreten Maßnahmenplan weiterentwickelt. Es ist den zuständigen Parteigremien vorzuschlagen, mit Verantwortlichkeiten, Einsatz von personellen, finanziellen und organisatorischen Ressourcen als auch überprüfbaren Zielen.
4. **Ab Juli 2028 halbjährlich:** Gemeinsam mit den Kreisverbänden in den regelmäßigen Austausch zu gehen, welche Vorschläge umgesetzt und welche Ziele erreicht worden sind. Schwierigkeiten und Spannungsfelder müssen offen diskutiert werden.

Die hieraus entstehenden Erfahrungen und strategischen Vorschläge sollen einfließen in die bundesweite Debatte zur Zukunft der ländlichen Räume, mit dem Ziel Impulse für Übertragbarkeit in andere Regionen bundesweit vorzuschlagen.

Unser gemeinsames Ziel: Präsenz und Vertrauen gewinnen - überall im Land

Bis zu den Kommunalwahlen 2029 brauchen wir nicht nur eine Vorstellung davon, wie Die Linke in Stadt und Land präsent sein will. Wir brauchen sichtbare Fortschritte: verlässliche Ansprechpersonen, kontinuierliche Arbeit vor Ort, kommunalpolitische Initiativen und politische Angebote, die an den konkreten Bedürfnissen der Menschen ansetzen. An diesen Ergebnissen muss sich die beschlossene Strategie messen lassen.

Wir wollen die Leistungen unserer Mitglieder anerkennen, voneinander lernen und politische Unterschiede solidarisch austragen. Gerade deshalb müssen wir auch bereit sein, Gewohntes kritisch zu überprüfen und Notwendiges zu verändern. Mehr Präsenz und bessere Strukturen sind wichtig. Sie ersetzen aber keine überzeugende Politik.

Unser Anspruch ist klar: Die Linke soll nicht nur besser organisiert sein. Sie soll in Stadt und Land wieder mehr Menschen mit glaubwürdigen Antworten, verlässlicher Arbeit und konkreten Verbesserungen überzeugen.